



Keupers

kritischer

Kommentar

07-03-2018

Juli 2018

Altenpflege als solidarische Zukunftsaufgabe.

Seit Jahren wird in unserem Lande über die Probleme der Pflege im Alter gesprochen, diskutiert und Forderungen formuliert, doch dabei nur geringes erreicht, so gut, wie nichts verändert.

Es bleibt dabei, die Pflege der älteren Menschen die Hilfe bedürfen ist oft unzureichend, die Pflegemöglichkeiten nicht ausreichend und das Pflegepersonal zu gering. Dadurch oft überfordert und teilweise nicht wie erforderlich ausgebildet. Dazu kommen zu geringe Vergütungen der Altenpflegerinnen und Altenpfleger, verbunden mit einem leider immer noch vorhandenen geringen Berufs-Image der meist mit viel persönlichen Engagement und viel Einfühlungsvermögen tätigen Frauen und Männer. Diese resignieren immer öfter vor den täglichen Herausforderungen und den physischen und psychischen Belastungen. Die Berufsverweildauer für Altenpflegerinnen und Altenpfleger beträgt aus diesem Grunde im Schnitt auch nur 6,8 Jahre.

Diese Misere in der Altenpflege wird in den Sozialverbänden und -organisationen, in der Politik und den politischen Parteigliederungen immer wieder sehr intensiv behandelt und es werden eine Vielzahl von Änderungsvorschlägen erarbeitet. Wobei der Blickwinkel für die Problembewältigung in der Regel zu eng gewählt wird, sodass tangential Begleitumstände oder sekundäre Folgeentwicklungen, meist nicht beachtet, nicht berücksichtigt werden.

Die rheinland-pfälzische SPD AG 60plus erarbeitete Antrag zur Pflege.

Auch der Landesvorstand der SPD AG 60plus von Rheinland-Pfalz hat in einem Antrag, vom 14. Juni 2018, zur: „Altenpflege als solidarische Zukunftsaufgabe“, intensiv Stellung bezogen. In 4 Punkten werden:

1. über die Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes durch Steigerung der Einkommensverhältnisse,
2. über die Erfordernisse einer bundeseinheitlichen Ausbildung auf hohem technischen und psychologischen Niveau,
3. über die Notwendigkeit erforderlicher und verbindlicher Pflegestrukturplanungen durch die zuständigen Gebietskörperschaften, sowie
4. letztendlich zur notwendigen Aufbringung der benötigten Finanzmittel eine Mischfinanzierung aus Beiträgen der Pflegeversicherungen sowie Zuschüssen aus Steuermitteln,

als entsprechende Forderungen formuliert.

Über die Sinnhaftigkeit und der Notwendigkeit, der in dem Antrag der Landesvorstandes enthaltenen Anregungen und Forderungen, braucht man wohl keine weiteren Bemerkungen machen, wenn auch zu dem letzten Punkt der Forderung nach einer sogenannten Mischfinanzierung einiges hinzuzufügen wäre.

Wie wird eine Mischfinanzierung der zukünftigen Pflegekosten erfolgen?

Schon in einer Abhandlung von Lisa Nienhaus, in der FAZ vom 09.01.2011, werden in entsprechenden Diagrammen über die wahrscheinliche Entwicklungen, bei der Anzahl pflegebedürftigen Menschen und über den Beitragssätzen der Pflegeversicherungen bis 2050, entsprechende Angaben gemacht. Nach diesen Angaben werden für 2030 in etwa 3,0 bis 3,4 Millionen Pflegebedürftige prognostiziert, für 2050 sind es 3,8 bis 4,5 Millionen. Der Beitragssatz der Pflegeversicherungen dürfte demnach von 2,0 Prozent (bis 2017), auf 4,5 Prozent im Jahre 2030 und auf über 8,0 Prozent im Jahre 2050 steigen. Nach neuesten Pressemeldungen soll der Beitragssatz ab 01. Januar 2019 auf 2,85 oder sogar 3,05 Prozent steigen, und liegt damit in der Tendenz der Prognose.

Ob jedoch eine Reduzierung der Beitragsätze aus Steuermittel möglich ist, muss bezweifelt werden, nicht nur wegen steigenden Zuwendungen des Staates bei den Rentenversicherungen oder anderen Sozialleistungen. Auch durch die erforderlichen Aufwendungen im Wohnungsbau, bei der Verbesserung der Infrastruktur und des Klimaschutzes, sowie auch durch die steigenden Aufwendungen hinsichtlich der Verteidigung, des EU-Beitrages, der Sicherung der EU-Außengrenzen und der Maßnahmen zur Verminderung der Zuwanderungen, insbesondere aus Afrika, wird der Finanzhaushalt übermäßig stark beansprucht.

Besonders aber werden die kommunalen Gebietskörperschaften durch notwendige finanzielle Zuwendungen im Bereich der Altenpflege in Mitleidenschaft gezogen werden, da bei der zu erwartenden starken Zunahme der Altersarmut sie erhebliche Mittel aufbringen müssen, da immer mehr ältere Menschen die erforderlichen Finanzmittel für eine Heimunterkunft nicht werden stemmen können. Da könnte auf die Kommunen eine Finanzwelle zukommen!

Daher ist einerseits damit zu rechnen, dass bei Heimunterkünften soziale Unterschiede sich entwickeln, in Seniorenheime mit üppiger Ausstattung für die Bessergestellten, und in Pflegeheime für die finanziell schwächer Gestellten, mit entsprechend schlechteren Pflegeleistungen. Amerika lässt grüßen!

Andererseits wird, entgegen der Annahme in der Begründung des Antrages des Landesverbandes der SPD AG 60plus, aus den zuvor genannten Gründen, die ambulante Pflegebetreuung zunehmen, weil die kommunalen Gebietskörperschaften aus finanziellen Zwängen eine Überweisung in die Heimbetreuung hinauszögern werden und weil die Betroffenen, insbesondere wenn sie über eine Immobilie oder sachliche Werte verfügen, aber nur geringe Renten beziehen, eine Heimbetreuung vermeiden wollen, so lange es geht.

Summa summarum, eine Verbesserung der Pflege, inclusive der ambulanten Pflege, durch mehr Personal ist dringend erforderlich, eine Verbesserung der Einkommen für das Pflegepersonal sowieso, eine Pflegestrukturplanung ist unersetzlich, insbesondere um

Fehlinvestitionen zu vermeiden, denn ausländische Investoren drängen auf den Pflegemarkt, da sie entsprechende Marktchancen wittern, bloß wie die damit verbundenen Mehrkosten gestemmt werden können, darüber sollte und muss nochmals nachgedacht werden. Denn wenn dieses Problem der zukünftigen Finanzierung nicht sozialverträglich gelöst wird, droht in den kommenden Jahrzehnten eine soziale Ungleichheit bei der Pflege pflegebedürftiger älterer Menschen. Ein Solches muss durch eine sozialdemokratische Politik für eine Altenpflege als solidarische Zukunftschance vermieden werden.

Zum Beispiel dadurch, dass eine gezielte gesundheitliche Betreuung und Förderung im Berufsleben, umfassendere Vermeidung von Stresssituationen in der Arbeitswelt, eine pflegebedürftige Erkrankung im Alter vermeiden hilft. Das zeigt, dass eine Diskussion über die Pflege auch das Thema der Arbeitswelt von Morgen tendiert, Dass wir uns als Sozialdemokraten intensiver mit den auf uns zukommenden Problemen der Zukunft insgesamt beschäftigen müssen. Eben eine progressive sozialdemokratische Zukunftspolitik sollte unsere AGENDA bestimmen.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 21. Juli 2018

Heinrich Keuper